



Niederschrift

31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 14.02.2023
Sitzungsbeginn: 18:02 Uhr
Sitzungsende: 21:39 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler SPD Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD
Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen
Herr Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die Grünen
Frau Isabelle Vandre Sozial.DIE LINKE
Herr Lars Eichert CDU
Herr Sven Brødno DIE aNDERE bis 20:50 Uhr

zusätzliches Mitglied

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Frau Kathrin Jackel-Neusser SPD
Herr Hendrik Nolde Bündnis 90/Die Grünen
Frau Kerstin Sammer CDU
Herr Tom Seefeldt Freie Demokraten
Herr Alexander Tassis AfD
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE
Frau Nina Waskowski Sozial.DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier Geschäftsbereich 3 bis 19:30 Uhr

Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain Migrantenbeirat
Herr Peter Mundt Seniorenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Becker Freie Demokratische Partei nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Amanda Palenberg	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Dr. Tina Denninger	Beauftragte für Menschen mit Behinderung
Herr Hans-Ulrich Schmidt	Klinikum Ernst von Bergmann
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Viola Holtkamp	Fachbereich Stadtplanung
Herr Peter Svejda	Bereich Soziales Wohnhilfen
Frau Anne Giertz	Arbeitsgruppe Wohnungsnotfallhilfe
Herr Thomas Nader	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Jörg Bindheim	Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Wohnen

Schriftführer/in:

Frau Martina Spyra GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29.11.2022
- 3 Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 5 Vorstellung der Ergebnisse des 1. Fachgespräches der Suchhilfe und
Suchtprävention
- 6 Vorstellung der Arbeit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Kostenloser Internetzugang für Patient:innen im Klinikum "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/1263
Fraktion DIE aNDERE
- 7.2 Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Wohnblock Staudenhof
Vorlage: 22/SVV/1100
Fraktion DIE aNDERE
- 7.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 19: Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren
Vorlage: 22/SVV/1138
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 7.4 Mieter:innen langfristig schützen – Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen
Vorlage: 22/SVV/1154
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 7.5 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen!
Vorlage: 23/SVV/0055
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

- 7.6 Beschluss über den Masterplan Schlaatz und zur Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 "Am Schlaatz"
Vorlage: 22/SVV/1235
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 7.7 Beschluss Rahmenplan Golm 2040
Vorlage: 22/SVV/1236
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 7.8 Umsetzung Holzbau-Initiative
Vorlage: 23/SVV/0030
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der LHP
Vorlage: 23/SVV/0061
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 8.2 Information zu WohngeldPlus
- 8.3 Angebote der Wohnungsnotfallhilfe
- 8.4 Fortschreibung Wohnungspolitisches Konzept
- 8.5 Information zur Förderung von sozial- und gesundheitsfördernden Maßnahmen in der LHP
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.11.2022

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler informiert, dass folgende Tagesordnungspunkte vertagt werden:
TOP 5 – Vorstellung der Ergebnisse des 1. Fachgesprächs der Suchthilfe und Suchtprävention,
TOP 7.7 - Drucksache 22/SVV/1236 „Beschluss Rahmenplan Golm 2040“,
TOP 7.8 – Drucksache 23/SVV/0030 „Umsetzung Holzbau-Initiative“.

Frau Vandre schlägt vor, die Drucksache 23/SVV/0055 „Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen!“ (TOP 7.5) lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Im TOP „Sonstiges“ bittet sie um Information zum Stand der Kooperationsvereinbarung zwischen Suppenküche und Tafel sowie um einen aktuellen Stand zur Josephinen Wohnanlage.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit einstimmig **bestätigt**.

Anschließend stellt Herr Adler die Niederschrift zur Sitzung vom 29.11.2022 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Herr Adler informiert, dass Frau Vandre als stellvertretende Ausschussvorsitzende kandidiert.

Da keine weiteren Vorschläge unterbreitet werden, weist Herr Adler darauf hin, dass Abweichungen von der geheimen Wahl einstimmig (d.h. ohne Gegenstimmen) beschlossen werden können, wenn nur ein Kandidat/eine Kandidatin zur Verfügung steht.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die offene Abstimmung aus.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung darüber, dass Frau Vandre als stellvertretende Ausschussvorsitzende gewählt ist.

Frau Vandre wird 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **als stellvertretender Ausschussvorsitzender bestätigt**.

Sie nimmt die Wahl an.

zu 4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Der Bericht des Migrantenbeirates sowie der Bericht des Seniorenbeirates liegen schriftlich vor.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die Finanzierung der Seniorenwoche gesichert werden muss. Es sollte ein klares Signal des Ausschusses abgegeben werden, dass die Finanzierung der Seniorenwoche schnellstmöglich gesichert werden soll.

Frau Meier weist darauf hin, dass der Haushalt noch nicht beschlossen ist. Sie sagt zu, die Finanzierung der Seniorenwoche zu prüfen.

zu 5 Vorstellung der Ergebnisse des 1. Fachgespräches der Suchhilfe und Suchtprävention

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 6 Vorstellung der Arbeit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Frau Dr. Denninger stellt anhand einer Präsentation ihre Arbeit vor. Dabei geht sie eingangs auf ihre Rolle als Beauftragte für Menschen mit Behinderung ein und stellt dann ihre Schwerpunktthemen vor.

Anschließend beantwortet Frau Dr. Denninger Fragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Bezüglich des Hinweises auf die zahlreichen E-Scooter, die die Wege blockieren, sagt Frau Meier die Prüfung gemeinsam mit dem zuständigen Geschäftsbereich 4 zu. Über das Ergebnis der Prüfung wird der GSWI-Ausschuss informiert.

Aufgrund einer Nachfrage zur Nutzung des Persönlichen Budgets verweist Frau Meier auf den Mangel an Pflegekräften. Sie schlägt vor, dies gemeinsam mit Frau Kitzmann zu prüfen und im GSWI-Ausschuss zu berichten.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Kostenloser Internetzugang für Patient:innen im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 22/SVV/1263

Fraktion DIE aNDERE

Herr Brödno bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schmidt (Klinikum Ernst von Bergmann) macht deutlich, dass er das Ansinnen grundsätzlich befürwortet. Er macht darauf aufmerksam, dass aufgrund fehlender Fördermittel 2018 die Entscheidung getroffen wurde, dies durch einen Dienstleister umsetzen zu lassen, der auch die Endgeräte sowie die Serviceleistungen zur Verfügung stellt. Der Vertrag wurde für eine Laufzeit von 9 Jahren geschlossen und endet somit Ende 2026.

Herr Schmidt sagt zu, dass vor Auslaufen des Vertrages im Jahr 2025 wird geprüft, wie mit den Endgeräten umgegangen werden soll. Herr Schmidt macht deutlich, dass die Anschaffung von Medizintechnik immer im Vordergrund steht. Dies könnte mit dem Antrag gefährdet werden. Er bietet an, 2025 im GSWI-Ausschuss zu informieren.

Anschließend beantwortet er Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Herr Brödno ändert den Antrag wie folgt: Im Satz 1 wird „unverzüglich“ durch „ab 2027“ ersetzt. Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen.

Herr Adler stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter im städtischen Klinikum - beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Patient:innen im Klinikum „Ernst von Bergmann“ (KEvB) ~~unverzüglich~~ **ab 2027** einen kostenfreien Zugang zu Internet und Fernsehprogrammen erhalten.

~~Alle Verträge mit Dritten, die dem entgegenstehen, sind schnellstmöglich zu kündigen.~~

~~Die Stadtverordnetenversammlung ist im April 2023 über den Sachstand zu informieren.~~

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen und 5 Ablehnungen **abgelehnt.**

zu 7.2 Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Wohnblock Staudenhof

Vorlage: 22/SVV/1100

Fraktion DIE aNDERE

Herr Brödno bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Es erfolgt eine kurze kontroverse Debatte.

Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine aktuelle Wirtschaftlichkeitsberechnung für die weitere Entwicklung des Wohnblocks Am Alten Markt 10 erstellen zu lassen. Dabei sollen die Varianten „Sanierung des Bestandsgebäudes“ und „Abriss und Neubau“ hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und der klimapolitischen Auswirkungen verglichen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2023 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen und 5 Ablehnungen **abgelehnt.**

zu 7.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 19: Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren

Vorlage: 22/SVV/1138

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Herr Adler stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der bisher für einen Abriss vorgesehene Wohnblock „Staudenhof“ am Alten Markt/Am Kanal bleibt stehen und wird nachhaltig und klimaschonend saniert.

Abstimmungsergebnis:

Annahme: 2

Ablehnung: 5

zu 7.4 Mieter:innen langfristig schützen – Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen

Vorlage: 22/SVV/1154

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Vandre bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie **ändert den**

vorliegenden Antrag wie folgt:

Die Punkte 2 und 3 werden als Prüfaufträge formuliert.

Frau Vandre macht deutlich, dass ihr der erste Punkt besonders wichtig sei. Es soll ein realistischer Zeitplan entwickelt werden.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) teilt mit, dass mit dem Sozialscreening bereits begonnen wurde. Darüber soll am Ende des Jahres berichtet werden. Die Punkte 2 und 3 sind als Prüfauftrag aus seiner Sicht umsetzbar.

Herr Adler stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bekämpfung des Mietanstiegs oberste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen durch entsprechende organisatorische Maßnahmen bereitzustellen.

Mieter:innen schützende Maßnahmen und die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum müssen parallel entwickelt werden. Sie haben Vorrang vor allen anderen Stadtentwicklungsprojekten. Aus diesem Grund beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister dazu:

- bis Ende 2023 ein erstes Sozialraumscreening in allen Stadtteilen durchzuführen, das die Erstellung weiterer Sozialer Erhaltungssatzungen nach §172 BauGB zum Ziel hat. Der Stadtverordnetenversammlung ist mit dem Abschlussbericht über die Sozialraumuntersuchung eine Prioritätenliste zur Ausweisung potentieller Milieuschutzsatzungsgebiete, sowie ein Zeitplan zur Erstellung dieser vorzulegen.
- **die Einrichtungen einer** Anlauf- und Beratungsstelle für nichtkommerzielle Gemeinschaftsprojekte **schaffen—zu prüfen.** Diese sind zudem, bspw. vertreten über das Mietshäusersyndikat, in regelmäßigen Gremiensitzungen mit Verwaltung und Politik an der weiteren Stadtentwicklung zu beteiligen.
- **die Einrichtung einer** Meldestelle für Bürger:innen und Initiativen in der Verwaltung für Fälle von Spekulation, Verdrängung etc. sowie zur Meldung von Leerstand **einzurichten zu prüfen.**
- gegenüber der Landesregierung nachdrücklich den Erlass einer Umwandlungsverbotsverordnung einzufordern und die hierfür notwendigen Nachweise über die Notwendigkeit der Verordnung zuzuarbeiten.
- die Erstellung der Milieuschutzsatzung im RAW Umfeld bis Ende des zweiten Quartals 2023 abzuschließen und durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen.
- Verwaltungsorganisatorische Maßnahmen zu treffen und einen eventuellen Mehrbedarf an Personal bei der Stelleplanung der Landeshauptstadt Potsdam im nächsten Haushalt zu berücksichtigen, um der Priorität der Entwicklung des Mieter:innenschutzes nachzukommen. Der Stadtverordnetenversammlung ist der personelle Mehrbedarf zur Erledigung der hier festgehaltenen Maßnahmen bis zum Ende des 1. Quartals 2023 mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen, 1 Ablehnung und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

zu 7.5 Vernichtung endlicher Ressourcen vermeiden – Abrisscheck einführen!
Vorlage: 23/SVV/0055
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Beschluss über den Masterplan Schlaatz und zur Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 "Am Schlaatz"
Vorlage: 22/SVV/1235
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Frau Holtkamp (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Drucksache ein und gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen dazu. Anschließend beantwortet sie Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Frau Braun (Arbeitskreis Stadtpuren) ergänzt, dass der Arbeitskreis Stadtpuren den Arbeitsprozess aktiv begleitet hat. Sie betont, dass auch die soziale Infrastruktur im Stadtteil integriert wird. Wichtig ist, dass die Menschen, die im Stadtteil wohnen, nicht verdrängt werden.

Abschließend verweist sie auf die Infoveranstaltung am 27.02.2023.

Auf Nachfrage erklärt Frau Holtkamp, dass aktuell geschaut wird, welche Bevölkerungsgruppen dort leben. Danach soll geprüft werden, wie eine gute Durchmischung erzielt werden kann. Über die Eigentumsformen wird erst danach nachgedacht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Masterplan Schlaatz ist als Planungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Wohngebiets am Schlaatz und als Grundlage für die Fortführung des Bebauungsplans Nr. 138 „Am Schlaatz“ sowie für die Umsetzung der darin empfohlenen Realisierungsmaßnahmen zu verwenden (gemäß Anlage 2).
2. Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan Nr. 138 „Am Schlaatz“ ist in seinem räumlichen Geltungsbereich um den Geltungsbereich des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 150 „Am Bisamkiez“ sowie um die Käthe-Kollwitz-Siedlung zu erweitern (s. Anlage 4). Die Planungsziele dieses Bebauungsplans sind anhand der konkreten Ziele aus dem Masterplan Schlaatz zu aktualisieren (siehe Anlage 3 und Masterplan Anlage 2).
3. Der gemäß Beschlussposition 2 zu erweiternde Bebauungsplan soll im Regelverfahren weitergeführt werden. Als nächster Verfahrensschritt soll die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) durchgeführt werden. Die öffentliche Auslegung ist durch einen Beteiligungs- und Mitwirkungsprozess im Schlaatz zu begleiten.
4. Für die im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Schlaatz möglichen ergänzenden Wohnungsneubauten, insbesondere des geförderten Wohnungsneubaus, soll die Landeshauptstadt ihre Möglichkeiten zur vorrangigen und unentgeltlichen Übertragung von Rand- und Splitterflächen an die ProPotsdam und die Genossenschaften ausschöpfen. Gleichzeitig sollen Abstimmungen mit den

Wohnungsunternehmen geführt werden, dass notwendige Rand- und Splitterflächen, welche für soziale Infrastruktur, öffentliche Freiflächen oder Verkehrsflächen und nicht für Wohnungsbau oder Gewerbe benötigt werden, im Gegenzug an die Landeshauptstadt übertragen werden, ggf. durch den Tausch von Flächen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung angenommen.

zu 7.7 Beschluss Rahmenplan Golm 2040

Vorlage: 22/SVV/1236

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 7.8 Umsetzung Holzbau-Initiative

Vorlage: 23/SVV/0030

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der LHP

Vorlage: 23/SVV/0061

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Svejda (Bereich Soziales Wohnhilfen) stellt anhand einer Präsentation den Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der LHP vor. Anschließend beantwortet er Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder. Er teilt mit, dass der Migrantenbeirat bei der Erarbeitung des Evaluationsberichtes beteiligt war.

Es erfolgt eine Diskussion zum vorliegenden Bericht. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Information zu WohngeldPlus

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert, dass das Gesetz nun in Kraft ist und alle Bürger und Bürgerinnen Potsdams, die zur Miete bzw. im Wohneigentum wohnen und bestimmte Kriterien erfüllen, antragsberechtigt sind. Zu diesen Kriterien zählen u.a. Einkommen, Miete, Anzahl der im Haushalt lebenden Personen.

Die Erhöhung des Wohngeldes führt im Jahr 2023 für die bisherigen Wohngeldhaushalte zu einer durchschnittlichen Erhöhung des Wohngeldes um rund 190 Euro pro Monat.

Die Antragstellung kann formlos per Telefon, E-Mail und postalisch erfolgen.

Die Wohngeldbehörde ist Stand heute von 13 Mitarbeitenden auf 24

angewachsen. Aktuell werden die neuen Mitarbeitenden eingearbeitet. Bisher sind ca. 1.500 Anträge eingegangen, wobei hier Erstanträge und Weiterleistungsanträge erfasst sind.

Herr Eichert macht nochmals deutlich, dass zukünftig Berichte im Vorfeld ausgereicht werden sollten. Dies würde die Diskussion erheblich erleichtern.

zu 8.3 Angebote der Wohnungsnotfallhilfe

Frau Giertz (Arbeitsgruppe Wohnungsnotfallhilfe) informiert mit Hilfe einer Präsentation über die Angebote der Wohnungsnotfallhilfe. Dabei macht sie deutlich, dass immer im Einzelfall entschieden wird. Es gibt nur wenige Wohnungen, die nicht gehalten werden können. Wesentlich ist hier immer auch die Zustimmung des Vermieters.

Auf Nachfrage sagt sie zu, die Zahlen zu den Jahren 2021 und 2022 nachzuliefern.

zu 8.4 Fortschreibung Wohnungspolitisches Konzept

Herr Nader (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) stellt anhand einer Präsentation die Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes vor.

Herr Jekel ergänzt, dass die Beteiligungs- und Informationsformate sehr herausfordernd sein werden. Das Format soll fortgeschrieben und fortgesetzt werden.

Er erfolgt eine kurze kontroverse Diskussion.

zu 8.5 Information zur Förderung von sozial- und gesundheitsfördernden Maßnahmen in der LHP

Herr Bindheim (Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Wohnen) verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte Liste zu den im Jahr 2023 geförderten Projekte und gibt Erläuterungen dazu. Er macht darauf aufmerksam, dass die Förderungen durch das Entscheidungsgremium geprüft und entschieden wurden. Er dankt den Mitgliedern des Entscheidungsgremiums für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Für die Projektförderung 2024 müssen die Anträge zum 31.03. eingereicht sein. Anschließend erfolgt die Prüfung. Die erste Lesung im GSWI-Ausschuss soll am 04.07.2023 erfolgen. In der Septembersitzung soll dann über die Förderliste entschieden werden.

zu 9 Sonstiges

Frau Vandre schlägt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vor, die Information zur Josephinen-Wohnanlage wegzulassen.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert, dass die Gespräche zwischen Tafel und Suppenküche noch laufen. Die

Kooperationsvereinbarung ist noch nicht geschlossen. Die Gespräche werden eng durch die LHP begleitet. Sobald die Kooperationsvereinbarung geschlossen wurde, erfolgt eine Information an den GSWI-Ausschuss.

Herr Jekel weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage zu Poollösungen für Schülassistenz lediglich in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen wurde, nicht aber in den GSWI-Ausschuss. Im Auftrag von Frau Meier bittet er die Mitglieder des GSWI-Ausschusses um ein positives Votum in der SVV am 01.03.2023.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 28. März 2023, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin